Zu dieser Ausgabe

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik befindet sich im ständigen Konflikt zwischen einer Stärkung der Eigenverantwortung einerseits und staatlicher Lenkung und sozialer Absicherung andererseits. Die öffentliche Diskussion konstatiert – je nach Interessenslage – zu viel oder zu wenig Staat. Sehen Sie selbst:

Tim Engartner (Meinung) macht den Rückzug des Staates höchst kritisch an der Privatisierung der Altersvorsorge fest. Tilman Harlander (Interview) stellt fest: „Die vergangenen Jahrzehnte waren wohnungspolitisch durch Deregulierung und einen schrittweisen Rückzug des Bundes aus der Wohnungsbauförderung geprägt...“. In einem empirischen Vergleich (Fachaufsatz) widerlegen Astrid Cullmann, Maria Nieswand und Caroline Stiel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) das Vorurteil, private Unternehmen der Energieversorgung könnten effizienter arbeiten als die kommunalen, also öffentlichen Betriebe. Die Verpflichtung der Tabakindustrie, Zigarettenschachteln mit abschreckenden Schockbildern zu versehen, wird von der einen Seite als Sorge um die Gesundheit verstanden, von der Tabakindustrie als Einschränkung der unternehmerischen und von vielen Privatleuten als eine der persönlichen Freiheit. So dokumentiert von Heiner Adamski (Rechtsprechung). Das Thema der zu (?) großen unternehmerischen Freiheit klingt an auch in Edmund Budrichs Kontrovers-Dokumentation zum Bayer-Monsanto-Deal, der von vielen mit der Drohung übergroßer Marktmacht verbunden wird.

Wenn vom „Staat“ gesprochen wird, erscheint sogleich das ideale Bild der demokratischen Gewaltenteilung. Gibt es diese aber in der bundesdeutschen Realität des Parteienstaates? Gerald Danner (Aktuelle Analyse) demonstriert am Beispiel des sogenannten Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, wie die Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Gewaltenteilung aushebeln und der Regierung zur Durchsetzung ihrer Ziele verhelfen.

(Fortsetzung auf S. 418)